

Wir empfehlen eine Veranstaltung der AANO:

## Ökonomischer Widerspruch und imperialistischer Sinn einer schon wieder „alternativlosen“ Ausweitung der Staatsschuld

# Mehr Schulden für die Rettung des Euro

Vortrag & Diskussion

Referent: Dr. Peter Decker (Redaktion GEGENSTANDPUNKT)

Mittwoch, 7. Dezember 2011, 19 Uhr · Universität Hamburg,  
Hörsaal des Fachbereichs Erziehungswissenschaften (PI), Von-Melle-Park 8

Drei Jahre nach dem Zusammenbruch des Finanzsystems ist es schon wieder so weit. Wenn dem globalen Finanzkapital das spekulative Vermögen, das es in griechische, portugiesische, spanische, italienische Staatsschulden gesteckt hat, nicht erhalten wird, dann droht von Neuem ein Crash der Banken, die Verflüchtigung aller Ersparnisse, der Zusammenbruch des Geldverkehrs und das Ende des Geldes, in dem die europäischen Staaten wirtschaften. Ökonomisch übrigens ist der Wert dieser Staatsschulden schon dahin. Erhalten bleibt er den Banken und Fonds bisher nur, weil sie ihn gegen ihr eigenes Misstrauen von der Politik garantiert be-

kommen, und nur solange, wie sie diesen Garantien Kredit geben.

Das „Vertrauen der Finanzmärkte“ zu verteidigen oder zurückzugewinnen, ist nun das alles überragende Ziel der europäischen Politik. Die Finanzkapitalisten, die Staaten in den Ruin treiben und einen ganzen Staatenblock bedrohen, sind blitzschnell von „Bankstern“ und „Zockern“, die die Weltwirtschaft an die Wand fahren und von den Staaten gerettet müssen, zu Richtern über die Politik ihrer Retter mutiert. Die Euro-Staaten, die noch Kredit haben, also Schulden machen können, legen schon wieder riesige neue Staatsschulden auf, um Bürg-

schaften und Kapitalhilfen für die bankrotten Nachbarn zu finanzieren – und damit den verunsicherten Finanzinvestoren die Sicherheit zu stiften, die sie für ihre spekulative Bereicherung brauchen.

\*

Dafür nehmen die Staaten ihre Völker in Haftung: Weil sie ihre Haushalte mit neuen Schulden und Garantien belasten, laden sie den Bürgern eine rigorose Steuer- und Sparpolitik auf, kürzen Staatsleistungen und kassieren vermehrt ab: Alles, damit die Banken nicht auch noch das Vertrauen in die Schulden Deutschlands und anderer →

## Was ist „brauner Terror“ und wie kommt es dazu?

1.

„Brauner Terror“, heißt es, liegt dann vor, wenn deutsche Rechtsextremisten aus dem Untergrund heraus über mehr als ein Jahrzehnt lang in ihrem fanatischen Ausländerhass türkische Dönerbuden oder Kioskbesitzer gezielt töten und wieder abtauchen, ohne in Bekennerschreiben extra darauf hinzuweisen, dass für sie jeder in Deutschland lebende Türke oder Grieche einer zu viel ist. Von Terror, zumal von „braunem Terror“ kann deshalb da nicht die Rede sein, wo im Zuge demokratisch legalisierter Ausländerpolitik um Europa eine „Mauer“ gezogen wird, die den Zuzug von unerwünschten Ausländern verhin-

dern soll und an der jährlich Hunderte von Ausländern jämmerlich verrecken – zu Lande, aber vor allem im Wasser des Mittelmeers. Auch dort kann von „braunem Terror“ nicht die Rede sein, wo Menschen mit fremder Staatszugehörigkeit auf der Grundlage des Ausländergesetzes hierzulande das Leben so schwer gemacht wird, dass sie entweder freiwillig wieder in jene Regionen zurückkehren, in denen sie um ihr Leben fürchten mussten, oder sich hier umbringen. Schließlich fällt es nicht unter „braunen Terror“, wenn Menschen, die sich hier illegal aufhalten, erst in Ausländerbaracken konzentriert, dann in Abschiebegefängnisse überführt und schließlich ge-

fesselt per Flieger wieder dorthin zurück verfrachtet werden, wo sie ihres Lebens nicht sicher waren. Es handelt sich in diesen Fällen deswegen nicht um „braunen Terror“, weil all diese, rücksichtslos gegenüber Leib und Leben von Ausländern durchgeführten Maßnahmen erstens nicht von fanatischem Ausländerhass, sondern von politisch kalkulierter Ausländerfeindschaft der Demokraten zeugen; weil sie zweitens nach Recht und Gesetz verfügt werden; weil sie drittens nicht aus dem Untergrund, sondern in aller →

„Deutsche im Kaufrausch“.....Seite 3  
Forum Gegenargumente.....Seite 4

## Rettung des Euro ... Fortsetzung von Seite 1

Garantiestaaten verlieren. In den Pleitestaaten demonstriert eine radikale Verarmungspolitik den globalen Finanzakteuren die Entschlossenheit der politischen Führung, das Leben ihrer Gesellschaft der Wiederherstellung der nationalen Kreditwürdigkeit unterzuordnen; also viel davon zu opfern. Da können Deutsche und Griechen einmal sehen, worauf es in ihren kapitalistischen Heimatländern ankommt: Nicht auf sie, sondern auf die Macht des Kredits, die Staat und Wirtschaft für ihren Fortschritt benutzen – und der sie deswegen dienen.

\*

Das Erfordernis der Krisenopfer verschweigt die Politik ihrem Publikum nicht, die Gründe dafür schon: Die Deutschen etwa bekommen als Erklärung, warum „wir“ die „Pleite-Griechen“ retten

müssen, die sympathische Zusicherung zu hören: „Wir retten Griechenland nicht für die Griechen, sondern „für uns“! Deutsche müssen garantiert nur für egoistische deutsche Interessen Opfer bringen! Denn „wir“ profitieren von allen Mitgliedsländern am meisten vom Euro, „wir“ können uns einen griechischen Rausschmiss oder gar den Zusammenbruch der Eurozone nicht leisten. Frau Merkel verlässt sich darauf, dass das nationale „Wir“ seine Wirkung tut und die angesprochenen Bürger bereit sind, sich für die weit und breit größten Nutznießer des Euro zu halten, nur weil sie als billige Arbeitskräfte – irgendwie - am Erfolg der deutschen Wirtschaft beteiligt sind. Sie sollen die Rettung des Euro für die Rettung ihrer Lebens- und Erwerbsumstände halten und deshalb die Risiken für und Abstriche an Einkommen und Lebensstandard akzeptieren.

Täglich bekommen die Deutschen zu hören: „Wir“ brauchen den Euro. „Wir“ brauchen stabile Banken. „Wir“ brauchen das Vertrauen internationaler Anleger in europäische Staatsschulden. „Wir“ brauchen den Europäischen Stabilitäts-Mechanismus. „Wir“ brauchen eine neue Ordnung in der Euro-Zone, die Defizit-Staaten die Souveränität über ihren Staatshaushalt wegnimmt. Aber warum und wofür „wir“ alles das brauchen – dazu hört man nur Unsinn. Antworten darauf stehen an:

- **der finanzkapitalistische Grund der Staatsschuldenkrise**
- **die staatswirtschaftlichen Mittel ihrer Bewältigung**
- **der innereuropäische Imperialismus und das**
- **weltpolitische Kräfteressourcen im Kampf der Nationen um ihren Kredit.**

## „Brauner Terror“... Fortsetzung von Seite 1

Öffentlichkeit im polizeilichen Obergrund passieren und weil sie viertens regelmäßig mit „Bekennerschreiben“ versehen sind, die sich in allen deutschen Tageszeitungen als Informationen der Innenminister über neue Maßnahmen zum Schutz der Heimat vor illegalen Ausländern und als Statistiken über deren erfolgreiche Durchsetzung lesen lassen.

2.

Die öffentliche und politische Aufregung über die Mordtaten der rechtsextremen Gruppe gilt deswegen auch primär der Frage, wie es denn sein kann, dass so ein vorher schon dem Thüringer Verfassungsschutz bekanntes Trio vor seiner geplanten Verhaftung abtauchen und dann jahrelang unerfasst ihrem selbst gewählten Auftrag nachgehen konnte, in der deutschen Heimat Ausländer zu dezimieren? Welche Behörde da versagt hat? Welchen Spuren man warum keine Bedeutung beigemessen hat? Oder ob da der Verfassungsschutz vielleicht sogar seine Hände mit im Spiel hatte? All das sind Fragen, die *allein* erörtern, wieso rechtsextreme Gesetzesbrecher unserer doch sonst so gut funktionierenden Exekutive jahrelang durch die Finger schlüpfen konnten. Mit dieser hübschen Themenverschiebung beschäftigen die Medien von BILD bis Spiegel, von FAZ bis SZ die Öffentlich-

keit: Wie effektiv sind unsere Verfassungshüter? Wie gut gerüstet sind unsere Kriminalkommissariate? Wie sehr hindert der Föderalismus die staatlichen Gewaltinstrumente an kooperativem und abgestimmtem Zuschlagen?

Was sie weniger bis gar nicht interessiert ist die Frage nach dem Grund für derart fanatische Ausländerfeindschaft jener inländischen Bürger, die doch weder zum Greifen noch zum Kasernieren oder Abschieben von Ausländern und

*Hinweis:*

**GEGENSTANDPUNKT im Internet:  
[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)**

erst recht nicht zur Ausübung von Gewalt gegen sie befugt sind? Deswegen kommt den Protagonisten der angelaufenen öffentlichen Debatten auch nicht in den Sinn, dass hier vielleicht gut erzogene Deutsche, die von ihren Regierungen gelernt haben, dass „das Boot voll ist“, dass zu viele Ausländer „das deutsche Volk durchrassen“, die deswegen die Parole „Lieber Kinder statt Inder“ für angesagt halten und die schließlich jenen Vertretern demokratischer Parteien zustimmen, die nicht nur Bedenken gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft anmelden, sondern allen Integrationsbemühungen

am liebsten eine Absage erteilen würden usw., dass also diese gut erzogenen Deutschen in ihrer nationalistischen Enttäuschung über den ihrer Auffassung zufolge unzureichenden Schutz des deutschen Volkstums vor Ausländern durch die deutsche Politik vielleicht diese Sache selbst in die Hand genommen haben; dem Vorbild jener Deutschen folgend, die einst in Hoyerswerda, Mölln oder Solingen Ausländerwohnheime und Wohnungen abgefackelt haben. Nur eben geplant und organisiert aus dem Untergrund heraus, wohl wissend, dass zur Tötung von Ausländern Privatmenschen nicht *befugt* sind. Im Recht fühlen sie sich allemal: als Deutsche eben, die jahrelang mit dem Urteil konfrontiert worden sind, dass Ausländer hier eigentlich nichts zu suchen haben und dass deswegen über jede Ausnahme lange debattiert werden muss, ehe sie penibel in Paragraphen umgesetzt wird. Und deswegen teilen sie auch den Standpunkt so vieler deutscher Vaterlandsfreunde, die sich diese Verdachtshaltung gegenüber allem Ausländischen in eine Schuldfrage übersetzt haben: Schuld an Arbeitslosigkeit und Verarmung, an Drogenkriminalität und „Parallelgesellschaften“, die in Deutschland Unordnung, Verwahrlosung und Volkszerrüttung anrichten, haben dann eben erstens die Ausländer und zweitens deutsche Politiker mit ihrer verfehlten Ausländerpolitik. →

3.

Kritische Demokraten wie Prantl (SZ) oder Cem Özdemir (Grüne) haben sofort eine aparte Variante dieser ärgerlichen Themenverschiebung auf Lager: Sie sehen den Grund für die Panne der staatlichen Exekutivbehörden darin, dass die „auf dem rechten Auge blind“ sind. Sie präsentieren sich als Freunde des Zuschlagens staatlicher Gewalt gegenüber politisch unerwünschten Gruppierungen – nur muss die eben gerecht erfolgen. Gegen Anarchisten wie einst die RAF und andere Linke, die sich etwas gegen Regierung und Staatsgewalt herausnehmen, haben Verfassungsschützer und Polizeiorgane beide Augen offen, mäkeln sie. Das geht für sie in Ordnung, macht es aber notwendig, die Rechtsextremen mit derselben staatlichen Aufmerksamkeit zu beglücken. Die Gerechtigkeit des Rechtszugs gegenüber linken und rechten Ab-

weichungen vom demokratischen Konsens ist ihre Themenvariante. Und ungerührt schließen sie sich dem Ruf nach einem erneuten Antrag zum Verbot der NPD an – „wenn es wirklich so ist, dass diese Partei Gewalttaten befördert“ (Prantl, SZ, 14.11.).

Ob sich dieser Freund der gerechten Gerechtigkeit im Klaren darüber ist, dass er mit der Parteinahme für ein Verbot all jener politischen Parteinungen, die nicht mit einer tiefen Verbeugung vor der Demokratie antreten, einen staatlichen Umgang mit dem politischen Gegner empfiehlt, der in jenem System an der Tagesordnung war, dessen neue Vertreter ihn gerade so in Rage bringen? Und hat er einmal darüber nachgedacht, wen es alles zu verbieten gälte, wenn er sein eigenes Diktum ernst nähme, demzufolge ein Verbot all jene Parteien zu treffen habe, die „Ge-

walttaten befördern“? Aber wahrscheinlich hat ihn nur sein Juristenverstand in die Irre geführt. Er wollte sagen, dass ein solches Verbot nur jene Parteien treffen möge, die *unbefugt* Gewalttaten befördern. *Befugte* Gewalttäter sind natürlich keine, sondern heißen Verteidiger von Freiheit bis zum Hindukusch, Schützer der Heimat vor den Feinden des Staates, Sicherer der (europäischen) Grenzen vor unerwünschten Ausländern, Bewahrer der inneren Ordnung gegenüber allen ihren Kritikern, Wächter über das Privateigentum an Kapital, Anwälte der Rechtsordnung, Kämpfer gegen Unrechtsstaaten usw.

#### Fragen, Kritik, Anregungen?

[info@gegenargumente-hamburg.de](mailto:info@gegenargumente-hamburg.de)  
oder [info@gsp-hamburg.de](mailto:info@gsp-hamburg.de)

## Nachrichten aus der Marktwirtschaft: „Deutsche im Kaufrausch“ ...

... so die Überschrift eines Zeitungskommentars. Muss man sich nun auf eine Konsum-Kritik gefasst machen, nach dem Motto: Die Leute sind immer nur hinter ihrem Vergnügen her? Nein, es ist positiv gemeint, hier handelt es sich um eine gute Nachricht! Während der letzten Monate mussten sich die Medien nämlich Sorgen machen: Die Deutschen legten „Kaufzurückhaltung“ an den Tag. Das war bedenklich, denn deswegen – so der Kommentar – hinkte die „Binnenkonjunktur“ dem allgemeinen Aufschwung hinterher. Die Ausländer waren in Ordnung: Sie haben „unserer“ Exportindustrie ihre schönen Waren schon fast aus den Händen gerissen. Aber was ein anständiger Aufschwung ist, der braucht ein zweites Standbein: Auch die Inländer müssen „unserer“ Wirtschaft zum Aufschwung verhelfen und dürfen nicht die Taschen zuhalten.

Der Kommentar teilt uns nicht mit, warum hiesige Konsumenten sich so zurückgehalten haben, aber ein großes Geheimnis ist es nicht. Um den Teil der Kaufkraft, der auch gebraucht wird, um besagter Wirtschaft eine „Binnenkonjunktur“ zu beschern, nämlich um das Geld, das die gewöhnlichen Menschen auf dem Konto haben, war es schlecht bestellt. Schließlich haben die, denen in

„unserer“ Wirtschaft die Produktionsstätten gehören, alles getan, um die nationale Lohnsumme immer weiter nach unten zu drücken – sei es, indem sie den Beschäftigten Lohnneinbußen verordneten, sei es, indem sie rationalisierten und Beschäftigte entließen, also deren Lohn ganz einsparten, sei es, indem sie in Zeiten flauer Geschäfte Kurzarbeit verordneten und damit den Beschäftigten einen Teil ihres Einkommens strichen. Im Übrigen hört man, dass so genannte „prekäre Beschäftigungsverhältnisse“ immer mehr zur Normalität werden und Deutschland den besten „Niedriglohnssektor“ in Europa vorzeigen kann. Kaufkraft hin oder her – Niedriglohn war und ist erst einmal gut und nicht schlecht. So kann „unsere“ Exportindustrie in Europa und in der ganzen Welt ausgesprochen preisgünstig auftreten und den Konkurrenten das Wasser abgraben. So machen die Unternehmen schöne Gewinne, die wiederum für ein „günstiges Investitionsklima“ sorgen: Damit die Gewinne noch schöner ausfallen, erweitern sie ihre Produktion, kaufen sich also untereinander mehr Rohstoffe, Bauteile und Produktionsmittel ab als vorher. Dafür nehmen sie Kredit auf bzw. kreditieren sich untereinander: Sie verschaffen sich und vergrößern ihre

Kaufkraft also selber und gehen alle davon aus, dass sie ihre erweiterte Produktion schon werden absetzen können. Beim Erweitern kommen ihnen ihre guten Taten hinsichtlich der Lohnkosten zugute: Benötigte Arbeit ist billig zu kriegen. Die Stammebelegschaft wird wieder auf Normalarbeitszeit und Normallohn gesetzt. Es lohnt sich auch der Ankauf preisgünstiger zusätzlicher Arbeitskraft, die sich zuhauf auf dem Arbeitsmarkt aufhält. Und wenn für reibungsfreien Geschäftsgang wirklich nötig, kann man den Beschäftigten glatt ein bisschen was aufs Einkommen drauflegen. Der Aufschwung ist, wie nun erfreut festgestellt wird, „auf dem Arbeitsmarkt angekommen“ – die Unternehmen bedienen sich am „Niedriglohnssektor“, mehr Leute haben Niedriglohn oder auch noch die paar Euro, die den Normallohn davon unterscheiden, in der Tasche und jetzt geht's los mit dem „Kaufrausch“.

Die vielen Leute, die wenig Lohn bezogen haben und damit rechnen mussten, auch den noch zu verlieren, erst recht die, die bislang keinen Lohn bezogen – diese Leute konnten gar nicht anders, als sich „beim Kauf zurückzuhalten“. Jetzt haben sie dank der Gewinnrechnung der Unternehmen, die mehr →

## „Deutsche im Kaufrausch“... Fortsetzung von Seite 3

von dieser Billigarbeit nutzen wollen, mehr Geld, und was machen sie damit? Sie geben es selbstverständlich aus. Das Käuferverhalten – Zurückhaltung und Kaufrausch – ist der Sache nach ein einziges Zeugnis der Armut derer, die vom Lohnerwerb abhängig sind. Der Zeitungskommentator lauscht dem Material seiner Betrachtung aber Positives ab: Wenn die Leute sich mit ein bisschen mehr Lohn ein bisschen was leisten können, dann ist das gut, weil „unsere“ Wirtschaft mehr an sie absetzt. Niedrige Lohnkosten sind einerseits nur gut, für den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen. Die paar Kröten aber, die den Arbeitern tatsächlich gezahlt werden, erfüllen andererseits nützliche Funktionen für ebendiesen Unternehmenserfolg. Erstens kann und muss der Lohn, den die Unternehmen ausgeben, nur dort wieder landen, wo er ausgegeben wurde, also bei den Unternehmen – zwar bei unterschiedlichen, aber die Kapitalistenklasse kriegt ihren Lohnvorschuss zurück. Damit erfüllt er eine wichtige Aufgabe: Die Unternehmen werden ihre Waren los, der von ihnen ausgegebene Lohn hilft ihnen also dabei, den Gewinn einzustreichen, der in diesen Waren steckt. Zweitens können sich die Leute, die in den Unternehmen arbeiten, das kaufen, was sie zum Leben brauchen. Das ist darum wichtig, weil sie sonst nicht wieder zur Arbeit gehen könnten. Das wie-

derum müssen sie beständig, weil sie das verdiente Geld für die Dinge des alltäglichen Bedarfs ausgeben müssen. Es heißt: Man arbeitet, um zu leben – am Lohn kann man sehen, dass das einigermaßen beschönigend formuliert ist. Wer von Lohnarbeit abhängt, kann nur leben, wenn und solange er eine hat; und er muss die Gestaltung seines Lebens danach ausrichten, dass er für die Notwendigkeiten des Arbeitslebens in Schuss bleibt und ihnen genügen kann. Ob und wie lange er Lohnarbeit hat, ist damit aber nicht gesichert, das hängt ausschließlich von der Geschäftskalkulation derer ab, die Arbeitskraft kaufen. Diejenigen, die keine Arbeit haben, weil sie kein Arbeitgeber für seine Geschäfte nutzen will, müssen hoffen, dass der Staat sie mit einem „Existenzminimum“, heutzutage bekannt als „Hartz IV“, am Leben erhält.

Drittens kommt so das zustande, was die Zeitung erfreut: das Wachstum, nun auch noch als „Binnenkonjunktur“. Überflüssig zu betonen, wo was wächst: nicht auf den Konten der Arbeitenden, sondern in den Bilanzen der Unternehmen.

Das ist viertens ein Rätsel: Wie ist es möglich, dass die einen arbeiten, ihr Geld ausgeben und immer wieder von vorn anfangen, mit dem Arbeiten eben, während die anderen, von denen das Geld stammt, es wieder einnehmen und immer reicher werden? Es wird wohl so

sein, dass sich Arbeit für die lohnt, die sie einkaufen, nicht jedoch für die, die sie verkaufen. Denn die einen geben ihr Geld, das sie von den anderen für ihre Arbeit bekommen, für Konsumtionsmittel aus, die sie verbrauchen, womit auch deren Geldwert verschwindet. Die anderen zahlen ihr Geld als Vorschuss weg für Produktionsmittel und Arbeitskräfte. Die stellen mit den Produktionsmitteln Waren her, die den Unternehmen gehören und deren Verkauf ihnen mehr Geld einbringt als sie für die Produktion bezahlen mussten. Während hinsichtlich der Produktionsmittel die Gewinnkalkulation der sie anbietenden kapitalistischen Klassenbrüder dem Einkaufspreis Untergrenzen setzt und die Konkurrenz mit kapitalistischen Produzenten des gleichen Endprodukts willkürliche Aufschläge auf diesen Einkaufspreis beim Verkauf im Normalfall verhindert, sieht die Sache bei der Arbeitskraft grundsätzlich anders aus. Deren Anbieter muss man nicht oder nur wenig mehr bezahlen, als das existenzielle Minimum – sie müssen ja arbeiten, um leben zu können – , man kann aber das gesamte Wertprodukt das sie in der ihnen abverlangten Arbeitszeit schaffen zum Marktpreis los schlagen. So machen Unternehmen aus Geld mehr Geld.

(Alles Nötige dazu steht in „Das Kapital“ von *Karl Marx*, Bd. 1, ab Kapitel 4).

### Arbeitskreis FORUM GEGENARGUMENTE /AANO

Im AK „FORUM GEGENARGUMENTE“ werden aktuelle und grundlegende Themen aus Politik, Wirtschaft, (Aus)bildung und anderen Gesellschaftsbereichen diskutiert. Zur Debatte stehen also System und Alltag unseres kapitalistisch bestimmten Gemeinwesens und seiner demokratischen Ordnung. Wer sich diese nicht von in Öffentlichkeit und Wissenschaft verbreiteten Ideologien schönfärben lassen, sondern wissen will, wie und zu welchem Zweck unsere gesellschaftlichen Verhältnisse eingerichtet sind und wie sie funktionieren, ist herzlich eingeladen zu den nächsten Terminen, auf denen folgende Themen vorgesehen sind:

**Mi, 7.12. - fällt aus wegen des Vortrags von Peter Decker (siehe S.1)**

**Mi, 21.12. – „Der Kampf gegen Rechts“ oder „Die Familie“**

**Ort: Universität Hamburg, Allende-Platz 1, Pferdestall, R 104**

**Hinweis: Der Jour Fixe des GEGENSTANDPUNKT am Di, 6.12. im Werkhof fällt aus!**